Antrag	Vorlage-Nr: VO/2021/6452-01 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Aufnahme von Flüchtlingen -Antrag der FDP-Fraktion- / Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	Sitzungs-art	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	09.03.2021	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	09.03.2021	Ö	Entscheidung	

~~**Beschluss:**~~
~~Der Rat der Stadt Osnabrück beauftragt den Oberbürgermeister, mit den Stadtoberhäuptern der anderen 200 Städte, die sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt haben, Kontakt aufzunehmen und gemeinsam die Abholung der ca. 7.500 Flüchtlinge von der Insel Lesbos sowie derer an der Grenze zu Kroatien zu initiieren und anschließend deren Verteilung zu organisieren.~~

~~**Sachverhalt:**~~
~~Der Rat der Stadt Osnabrück hat am 28.08.2018 beschlossen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Weitere 200 Städte in Deutschland haben eine gleichlautende Bereitschaft erklärt. Seitdem blockiert der Bundesinnenminister Seehofer eine menschliche Lösung. Der Zustand ist indes nicht weiter tragbar. Es muss deshalb gehandelt werden. Weitere Begründung erfolgt mündlich.~~

Beschluss:

EU und auch Deutschland helfen Griechenland dabei, Flüchtlingen auf den Inseln einen menschlichen Aufenthalt zu ermöglichen. Osnabrück hat mit der Einwerbung von Bundesmitteln für unsere türkische Partnerstadt ein Zeichen gesetzt, wie man Flüchtlingen vor Ort konkret helfen kann. Osnabrück ist bereit, aus humanitären Gründen, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Das Verfahren zur Aufnahme und Verteilung aber obliegt ausschließlich der EU und dem Bund.

Begründung:

Es blockiert nicht die Bundesregierung, sondern der Deutsche Bundestag hat das Ziel des Antrages der FDP-Stadtratsfraktion abgelehnt, übrigens mit den Stimmen der FDP-Bundestagsabgeordneten.
FDP-MdB Teuteberg: „Alles, was falsche Anreize setzt, wird die Lösung erschweren. Deshalb auch die Frage: Trägt es zu einer Lösung bei, wenn deutsche Landes- und Kommunalpolitiker entscheiden? Nein.“ (BT-Drs. 19/22264)
Deutschland hat Griechenland bereits im Dezember 2019 mit 55 LKW-Ladungen mit Hilfsgütern im Wert von über 1,5 Mill. Euro dabei unterstützt, 10.000 Menschen unterzubringen. Im März 2020 beteiligte sich Deutschland mit weiteren Hilfsgütern im Wert von 2,4 Mill. Euro an einem Programm für Griechenland. Im August 2020 erhielten griechische Aufnahmeeinrichtungen über 15.000 OP-Masken, um die Ausbreitung von Corona zu verhindern.
Auch nach dem Brand in Moria hat Deutschland sofort geholfen. Direkt in der Nacht vom 10. auf den 11.9.2020 wurden erste Hilfskonvois des THW mit Zelten, Feldbetten, Schlafsäcken usw. auf den Weg gebracht. Weitere Lieferungen mit Hilfsgütern folgten.

Deutschland hat es aber nicht bei der Hilfe vor Ort belassen, sondern Griechenland durch Übernahme von Flüchtlingen von den Inseln entlastet.
Schon vor dem Brand übernahm Deutschland unbegleitete Minderjährige sowie kranke Kinder und deren Kernfamilie. Zusätzlich hat die Bundesregierung nach dem Brand beschlossen, im Rahmen einer europäischen Aktion weitere 150 unbegleitete Minderjährige aufzunehmen.
Darüber hinaus wurde mit Griechenland vereinbart, Familien zu übernehmen, die bereits ein Asylverfahren durchlaufen und einen anerkannten Schutzstatus erhalten haben. So sind seit April 2020 2.151 Menschen bei uns angekommen. Die Übernahme dauert noch an. Nach Abschluss der Aktion wird Deutschland 2.750 Personen von den griechischen Inseln übernommen haben.
Deutschland verzeichnet die meisten Asylanträge in der EU, seit 2015 1,9 Mill. Weltweit befindet sich Deutschland nach Angaben des UNHCR auf Platz 3 der größten Aufnahmeländer.
Bei allen Bemühungen zur Entlastung Griechenlands sollte der Schwerpunkt unserer Hilfe weiterhin vor Ort liegen. Die Stadt Osnabrück hat ein gutes Beispiel damit gesetzt, Bundesmittel für die Verbesserung der Flüchtlingssituation in unserer türkischen Partnerstadt einzuwerben.
Die von der EU-Kommission zusammen mit Griechenland angekündigte Errichtung eines europäisch finanzierten Aufnahmezentrums für Flüchtlinge auf Lesbos ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung Griechenlands. Die Flüchtlinge sind z. Z. laut EU-Kommission in winterfesten und mit neuen Wasserversorgungs- und sanitären Anlagen versehenen provisorischen Aufnahmelagern untergebracht. Die Zahl der Flüchtlinge auf den Inseln wurde durch Übersiedlung auf das Festland von 42.000 auf 16.500 (UNHCR) verringert.
Migration und Flucht in einem Europa ohne Binnengrenzen erfordern ein gemeinsames europäisches Vorgehen. Selbst Deutschland ist allein überfordert. Um so absurder ist es, wenn einzelne Länder oder Städte, die Entscheidung zur Aufnahme von Asylbewerbern in eigener Regie vornehmen wollen. Nur ein gemeinsames europäisches Asylsystem ist zukunftsträchtig.

<u>Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s zentrale/s Handlungsfeld/er:</u>

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktion